

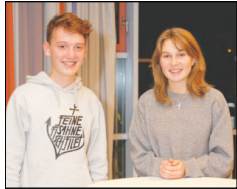
LOKALREDAKTION WIESLOCH

So erreichen Sie die Lokalredaktion:
Anzeigen/Vertrieb:
Tel. 0 62 22 - 58 76 73 00
Fax 0 62 22 - 58 76 673 00
E-Mail: ANZ-Wiesloch@rnz.de
Tel. Redaktion: 0 62 22 - 58 76 73 50
Fax Redaktion: 0 62 22 - 58 76 673 50
E-Mail: red-wiesloch@rnz.de

Nein zur Versiegelung

Jugendvertreter für Klimaschutz

Wiesloch. (hds) Marlene Kröhn und Henrik Wieditz bezogen für den Jugendgemeinderat Stellung bei der Haushaltsplanung des Wieslocher Gemeinderates. „Natürlich kostet Klimaschutz Geld, aber sicherlich weniger, als wenn wir nichts tun.“ Hinzu komme ein Mehr an Lebensqualität und Sicherheit. Wichtig sei es, jetzt unverzüglich zu handeln. Dies müsse vor allem auch im lokalen Umfeld geschehen. So könne es Kröhn zufolge nicht ankommen, Böden zu versiegeln, wie im Hof der neuen Esther-Bejarano-Gemeinschaftsschule geschehen. Bei der anstehenden Sanierung des Ottheinrich-Gymnasiums müsse darauf geachtet werden, dies nachhaltig zu tun. Also die Freiflächen außen nicht „einfach zuzu-

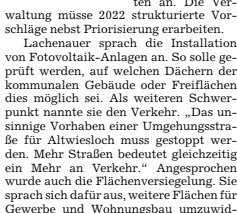


Henrik Wieditz und Marlene Kröhn bei der Haushaltsitzung in Wiesloch. Foto: Jan Pfeifer

betonieren, sondern sinnvoll“, so das Statement. Ein gewünschter Skatepark sollte nach Meinung des Jugendgremiums in den Haushaltsplanungen vorgezogen werden. Dies hatten Vertreter der Stadt in der jüngsten Sitzung des Jugendgemeinderates empfohlen. Der entsprechende Antrag würde später positiv bewertet. Auch sprachen sich die Jugendvertreter dafür aus, den öffentlichen Nahverkehr im Stadtgebiet kostenlos anzubieten.

„Wir müssen weg von Alibiprojekten“

Den Begriff „Mut“ stellt Gabriela Lachenauer (Grüne) in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Bezogen auf die bis 2040 zu erreichende Klimaneutralität in Wiesloch meinte sie: „Wir benötigen eine ausgearbeitete Roadmap, wir müssen weg von Alibiprojekten hin zu wirklich wirksamen Klimaschutzmaßnahmen.“ Dies hätte bereits im laufenden Jahr geschehen müssen, fertig sei jedoch nur das integrierte Klimaschutzkonzept. Das Radwegekonzept müsse auf den Weg gebracht und die kommunale Wärmeplanung angegangen werden. Sie forderte, alte Strukturen entscheidend zu verändern. Dazu gehöre ein Klimaschutzbeirat, der sich aus Fachleuten zusammensetze. Sie sprach den Sanierungsstau bei den Liegenschaften an. Die Verwaltung müsse 2022 strukturierte Vorschläge nebst Priorisierung erarbeiten.



Lachenauer sprach die Installation von Fotovoltaik-Anlagen an. So solle geprüft werden, auf welchen Dächern der kommunalen Gebäude oder Freiflächen dies möglich sei. Als weiteren Schwerpunkt nannte sie den Verkehr. „Das unsinnige Vorhaben einer Umgehungsstraße für Altwiesloch muss gestoppt werden. Mehr Straßen bedeutet gleichzeitig ein Mehr an Verkehr.“ Angesprochen wurde auch die Flächenversiegelung. Sie sprach sich dafür aus, weitere Flächen für Gewerbe und Wohnungsbau umzuwidmen. „Fläche ist nicht vermehrbar. Wenn Boden einmal versiegelt wird, ist er unwiederbringlich verloren.“ Um neuen Wohnraum zu schaffen gehe es vor allem um die Verdichtung innerorts. „Dazu gehört Mut und Kreativität.“ Ziel solle es sein, frei werdende Areale im Stadtgebiet selbst für neue Wohnungen zu schaffen. Sie nahm auch Stellung zur Pandemie, die insbesondere den Einzelhandel stark betrefte.

Ohne höhere Schuldenaufnahme geht es nicht

Mehrheitlich hat Wieslochs Gemeinderat den Haushaltsplan für 2022 verabschiedet – Ergebnishaushalt ist leicht im Plus

Von Hans-Dieter Siegfried

Wiesloch. Der Haushaltsplan für das kommende Jahr ist vom Wieslocher Gemeinderat in der letzten Sitzung des Jahres mehrheitlich genehmigt worden. Einstimmigkeit herrschte im Gremium bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 sowie beim vorgelegten Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Verändert hat sich der Ergebnishaushalt gegenüber der Einbringung des Zahlenwerks im November. War es da noch ein Plus von rund 520 000 Euro, musste diese Position – aufgrund von zusätzlichen Anträgen und Entscheidungen – leicht auf etwa 417 000 Euro abgegent werden.

Positiv dagegen der Trend beim Finanzhaushalt. Wegen der neuen Steuerzuschüssen kann sogar ein positives Ergebnis erzielt werden. Gestiegen ist dagegen die Darlehensaufnahme: Von ursprünglich kalkulierten 8,65 Millionen Euro liegt man nun bei 14,85 Millionen Euro.

Seitens der Grünen war bereits vor der Abstimmung angekündigt worden, man werde dem Haushalt nur unter einer Bedingung zustimmen: Wenn die Verwaltung nur dann mehr Personal einstelle, wenn tatsächlich neue Aufgaben anstünden. „Wir haben festgestellt müssen, dass sich die Personalkosten seit einigen Jahren ständig erhöht haben. Waren es 2016 noch rund 12,2 Millionen Euro, sehen die Planungen für das kommende Jahr 16,1 Millionen Euro vor“, kritisierte Katharina Ebbecke (Grüne). Dies sei eine Steigerung von 32 Prozent. Bei der von Jan-Peter Oppenheimer (SPD) erfolgreich beantragten Einzelabstimmung zum Personalthema votierten zwar die Grünen unter anderem für zwei Stellen im IT-Bereich und eine Viertel-Stelle für die Jugendarbeit, nicht aber für eine weitere Stelle im Archiv oder im Bereich Personalwesen und Organisation. Oberbürgermeister Dirk Elkemann hatte dabei noch darauf verwiesen, dass bestimmte Dinge nicht erledigt werden könnten, wenn die entsprechenden Positionen im Rathaus nicht besetzt werden.



Das Ottheinrich-Gymnasium bildet einen Schwerpunkt der Wieslocher Investitionen in den kommenden Jahren. Über 17 Millionen könnte die Sanierung kosten. Das und weitere Maßnahmen sind nicht ohne neue Schulden möglich. Alle Fotos: Pfeifer

Noch nicht endgültig entschieden wurde über einen Antrag des Jugendgemeinderates, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos anzubieten und die dadurch entstehenden Kosten bereits im Haushalt 2022 aufzunehmen. „Um dafür Geld frei zu machen, kommt für uns keine Erhöhung der Grundsteuer in Frage“, stellte Markus Grimm (CDU) klar. Dies würde letztendlich nur die Mieter treffen. Ein Vorschlag von Christoph Alys (SPD) lautete, die Stabsstelle „Mobilität und Luftreinhaltung“ des Rhein-Neckar-Kreises in eine Sitzung des Jugendgemeinderates einzuladen, um Einzelheiten des „Masterplans Mobilität“ zu präsentieren. Dies sollte nach Ansicht Alys alsbald geschehen, denn nur so könne man vor der Fertigstellung der Planungen noch Verbesserungen einbringen. „Sicherlich ergibt es Sinn, wenn auch möglichst viele Mitglieder des Gemeinderates an einer solchen Sitzung teilnehmen, um sich so auf den nächsten Stand bringen zu lassen.“ Derzeit, so die Ver-

Alle Straßen werden umfassend untersucht

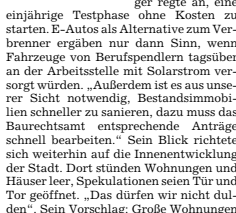
waltung, seien bei einem kostenlosen Angebot Einnahmeausfälle in Höhe von mehr als 380 000 Euro zu erwarten, mit einbezogen sind dabei die Stadteile. Aus Sicht der SPD sei daher wichtig, sich die einzelnen, möglichen Modelle erst einmal im Detail anzuschauen, ehe eine Entscheidung getroffen werde. Der Gemeinderat stützte dieser Vorgehensweise zu.

Mehrheitlich wurde einem SPD-Antrag zugestimmt, gleich zu Beginn des neuen Jahres konkrete Maßnahmen in Sachen Klimaschutz vorzubereiten und zu beschließen. „Im Haushalt 2022 werden insgesamt 500 000 Euro für 2022 zur Verfügung. Uns geht es darum, eine sinnvolle Verwendung dieser Gelder zu beraten“, so SPD-Fraktionschef Richard Schwanitz. Vorbereitungen sollen im Januar oder Februar stattfinden. „Es geht um ein konkretes Maßnahmenpaket möglicher Aktivitäten an, die dann zeitnah verwirklicht werden sollen.“ Ebenfalls mehrheitlich wurden Planungsmittel in Höhe von 65 000 Euro für

die Mehrzweckhalle in Frauenweiler beschlossen. Seit Jahren bereits wird über eine Sanierung oder einen Neubau diskutiert. Stefan Seewest, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Wählergemeinschaft Frauenweiler/Altwieslocher Liste, beschrieb nochmals eindringlich die derzeitigen, seiner Ansicht nach beschleunigten Sanierungsarbeiten bei der Halle in Frauenweiler bis zu 80 Tonnen CO₂-Ausstoß ermittelt. Bei einer Halle vergleichbarer Größe liege dieser Wert bei rund 20 Tonnen im Jahr. Festgestellt wurde jetzt auch, die vorgesehenen Planungen hätten keinen Einfluss auf mögliche Zuschüsse. „Einem Erfolg Jugendgemeinderat bezüglich eines Skateparks. Als Verpflichtungsermächtigung wurden mehrheitlich 200 000 Euro bereits im Haushalt 2022 aufgenommen, ein Vorziehen der Gelder um drei Jahre. Die Stellungnahme der Verwaltung dazu lautet, die Diskussion um den Standort und die genaue Ausführung würden sich noch einige Zeit hinziehen, mit einer Betriebsnahme könne daher, und dies sei sehr ambitioniert, erst 2023 gerechnet werden.“ Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, vorgelegt vom Ortschaftsrat Schatthausen, für Strassenbäume in Stadteil 100 000 Euro einzulassen. Denn: Im kommenden Jahr wird vom Tiefbauamt eine umfangreiche Untersuchung der städtischen Straße in die Wege geleitet. „Dabei werden zum einen die Straßenaufgaben und zum anderen eine Priorisierung vorgenommen, in welchem Umfang die dringlichsten Arbeiten durchgeführt werden müssen“, kündigte OB Elkemann an. Dabei werde natürlich auch der Straßenzustand in Schatthausen mit untersucht.

„Woher soll das Geld kommen?“

Wie bekommt Wiesloch Geld in die leeren Stadtkassen? Jochen Filsinger (Freie Wähler) schlug vor, die Vermarktung der Grundstücke im Baugebiet „Äußere Heide“ ebenso wie den Verkauf der Gerberschule zeitnah zu beginnen. Spätestens 2024 sei der Haushalt nicht mehr ausgeglichen und damit werde das Ratingagentur bei den Beratungen mit am Tisch sitzen. Als kostenintensiv bezeichnete Filsinger die Schwimmbäder. Allein das Freibad habe dieses Jahr einen Verlust von fast einer Million Euro zu verzeichnen. Ein weiteres Problem sei die hohe CO₂-Ausstoß durch das Beheizen der Becken. „Ein kostengünstiger, städtischer Nahverkehr wäre wünschenswert, wie soll dies jedoch bezahlt werden?“, Filsinger regte an, eine einjährige Testphase ohne Kosten zu starten. E-Autos als Alternative zum Verbrenner ergäben nur dann Sinn, wenn Fahrzeuge von Berufspendlern tagtäglich an der Arbeitsstelle mit Solarstrom versorgt würden. „Außerdem ist es aus unserer Sicht notwendig, Bestandsimmobilien schneller zu sanieren, dazu muss das Baurechtsamt entsprechende Anträge schnell bearbeiten.“ Sein Blick richtete sich weiterhin auf die Inneneinrichtung der Stadt. Dort stünden Wohnungen und Häuser leer, Spekulationen seien Tür und Tor geöffnet. „Das dürfen wir nicht dulden.“ Sein Vorschlag: Große Wohnungen gegen kleinere zu tauschen.



Beim Bereich „Bildung“ stellte Filsinger eine einfache Rechnung auf: Die Sanierung des Ottheinrich-Gymnasiums stehe mit mehr als 17 Millionen Euro an, eine Halle in Frauenweiler sei in Planung und in Wiesloch werde eine zusätzliche Sporthalle mit drei Feldern benötigt. Kosten: etwa neun Millionen Euro. „Wenn diese Idee zum Handeln werden soll“, fragte er in die Runde.

„Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“

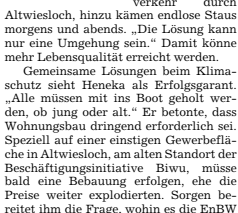
Mit einem Lob an die Verwaltung startete Gert Weisskirchen (SPD) seine Stellungnahme zum Haushalt. „Es wird verantwortungsvoll und umsichtig mit den Einnahmen umgegangen“, bilanzierte er. Er warte, dass im ersten Quartal 2022 dem Gemeinderat eine Übersicht vorgelegt werde, wie sich die Finanzlage entwickeln werde. So könne man in die Feinsteuerung für den weiteren Verlauf des Jahres einsteigen.“ Die Arbeit der Stadt müsse sich aus Sicht der SPD an drei übergeordneten Zielen orientieren, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Man werde sich daran messen lassen müssen. Die Bürgerschaft habe das Recht, zu prüfen und nachzulegen. Er sprach dabei insbesondere die Jugend an. Bestimmte Dinge aus der Historie dürften nicht nochmals geschehen. „Erinnerung ist wichtig, wir dürfen nicht vergessen“, sagte Weisskirchen. Die jungen Bürger und die Jugendlichen, die sie auf vielen Ebenen engagiere, gelte es zu handeln. Dabei gehe es um die Frage, in welche Zukunft beim Haushalt investiert werde. Weisskirchen nannte Bildung, öffentliche Infrastruktur und Klimaschutz als wichtigste Parameter. Klimaneutralität bis 2040 sei das erklärte Ziel, von der SPD vor zwei Jahren beantragt. „Das wird ein Langstreckenlauf, bei dem viele Hürden zu überwinden sind.“ Für einen Bereich der Klimaschutz seien jetzt 500 000 Euro vorgesehen. „Wir wollen mindestens eine Windmühle in der Form einer Bürgergenossenschaft errichten und den Bau von Fotovoltaikanlagen auf Freiflächen und öffentlichen Gebäuden forcieren. Auch Wärmepumpen sollten installiert werden.“ Für all dies seien Leidenschaft und Vernunft erforderlich. Der Haushaltsplan müsse die Fülle der dafür erforderlichen Anreize.



Altwiesloch, hinzu kämen endlose Staus morgens und abends. „Die Lösung kann nur eine Umgehung sein.“ Damit könne mehr Lebensqualität erreicht werden. Gemeinsame Lösungen beim Klimaschutz sieht Heneka als Erfolgsgarant. „Alle müssen mit ins Boot geholt werden, ob jung oder alt.“ Er betonte, dass Wohnungsbau dringend erforderlich sei. Speziell auf einer einstigen Gewerbebrache in Altwiesloch, am alten Standort der Beschäftigungsinitiative Bivw, müsse bald eine Bebauung erfolgen, ehe die Preise weiter explodierten. Sorgen bereite ihm die Frage, wohin es die ENW ziehe. „Der Energieversorger hat seit über 80 Jahren seinen Sitz in Wiesloch. Können wir auf unseren größten Steuerzahler verzichten?“ Es sei dringend, nach Lösungen zu suchen. Als notwendig bezeichnete er Sanierung oder Neubau der Mehrzweckhalle Frauenweiler. „Da muss jetzt mit der Planung begonnen werden“, forderte er, vor allem hinsichtlich des in Altwiesloch, am alten Standort des maroden Sanitärbereichs.

„Die Lösung kann nur eine Umgehung sein“

Mit der Kinder- und Jugendarbeit sowie dem Schulbereich beschäftigte sich Norbert Heneka (Wählergemeinschaft Frauenweiler/Altwieslocher Liste). „Kitsas leiden unter Personalmangel, eine Sporthalle fehlt und die Sanierung oder der Neubau der Mehrzweckhalle in Frauenweiler steht an.“ Auch eine schrittweise Digitalisierung sei notwendig, gerade in der Pandemie habe sich dies gezeigt. Einen Schwerpunkt legte Heneka auf Mobilität. Überall werde von Entlastung gesprochen, dies gelte für einen Teil der Stadt seit Jahrzehnten nicht – gemeint war die nicht realisierte Umgehungsstraße in Altwiesloch. Inzwischen seien zwar Tempo 30 und ein Zebra- streifen umgesetzt worden, aber nach wie vor rolle der Schwerlastverkehr durch



Altwiesloch, hinzu kämen endlose Staus morgens und abends. „Die Lösung kann nur eine Umgehung sein.“ Damit könne mehr Lebensqualität erreicht werden. Gemeinsame Lösungen beim Klimaschutz sieht Heneka als Erfolgsgarant. „Alle müssen mit ins Boot geholt werden, ob jung oder alt.“ Er betonte, dass Wohnungsbau dringend erforderlich sei. Speziell auf einer einstigen Gewerbebrache in Altwiesloch, am alten Standort der Beschäftigungsinitiative Bivw, müsse bald eine Bebauung erfolgen, ehe die Preise weiter explodierten. Sorgen bereite ihm die Frage, wohin es die ENW ziehe. „Der Energieversorger hat seit über 80 Jahren seinen Sitz in Wiesloch. Können wir auf unseren größten Steuerzahler verzichten?“ Es sei dringend, nach Lösungen zu suchen. Als notwendig bezeichnete er Sanierung oder Neubau der Mehrzweckhalle Frauenweiler. „Da muss jetzt mit der Planung begonnen werden“, forderte er, vor allem hinsichtlich des in Altwiesloch, am alten Standort des maroden Sanitärbereichs.